

Publiziert am 01.09.2016

Wirtschaft grünt auch ohne Verzicht



Das überparteiliche Ja-Komitee v. l. n. r.: Urs Tanner (SP), Hugo Bosshart (EVP), René Schmidt (GLP), Iren Eichenberger (ÖBS), Andreas Brütsch (Stiftung Pusch), Simon Furter (WWF) und Roman Lutz (Lutz Bodenmüller AG). Bild Bruno Bühler

Kalt duschen müsse wegen der Initiative «Grüne Wirtschaft» keiner, sagt das Ja-Komitee.

Von Alexa Scherrer

Dreimal mehr Ressourcen, als die Erde hergibt, würde die Menschheit brauchen, lebten alle so, wie es die Schweizer tun. Die Befürworter der Initiative «Für eine grüne Wirtschaft», über die am 25. September abgestimmt wird, sprechen in diesem Zusammenhang von drei Erden, die nötig wären. Weil es aber nur eine Erde gibt, wollen die Initianten die Schweiz bis zum Jahr 2050 zu einem nachhaltigen Land machen. Der ökologische Fussabdruck soll von jetzt 3 auf 1 reduziert werden – sodass er auf die Weltbevölkerung hochgerechnet die eine Erde nicht überschreitet. SP-Grossstadtrat Urs Tanner bezeichnete gestern die Initiative als «Schuldenbremse für die Natur». Sie verhindere, dass Kinder und Enkel der heutigen Generation in Zukunft teuer für die Umweltsünden bezahlen müssten.

«Absoluter Chabis»

Das überparteiliche Komitee «Ja zur grünen Wirtschaft» war an der gestrigen Pressekonferenz in der Fassbeiz breit aufgestellt. Nebst Tanner für die SP waren Iren Eichenberger für die ÖBS, Hugo Bosshart für die EVP und René Schmidt für die GLP anwesend. Zusätzlich unterstützt wurden sie vom neuen WWF-Geschäftsführer Simon Furter, von Roman Lutz von der Lutz Bodenmüller AG in Beringen sowie von Andreas Brütsch, Projektleiter bei der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz

(Pusch). Sie alle wiesen geschlossen auf die Wichtigkeit der Initiative hin und betonten insbesondere die realistische Möglichkeit der Umsetzung. Es gehe nicht ums Verzicht, sondern um «Effizienz bei allen wirtschaftlichen Prozessen», erläuterte Eichenberger. Die Initiative verlange mehr Klimaschutz, Ressourceneffizienz und saubere Importe. Dass sich nach einer Annahme jeder Bürger vegetarisch ernähren muss oder nur noch kalt duschen darf – beides Argumente des Nein-Lagers –, bezeichnete Brütsch als «absoluten Chabis». Die Initiative schreibe den Konsumenten keinerlei Verhaltensregeln vor. Würden eine zukunftsweisende Wirtschaft und Landwirtschaft gefördert, sinke der individuelle Konsum automatisch. «Das Argument ist also pure Angstmacherei», so Brütsch. Das sehe auch der Konsumentenschutz so, der sich klar hinter die Initiative stellt.

Bei einem Ja zur «grünen Wirtschaft» müsste der Bund mittel- und langfristige Ziele festlegen und diese regelmässig überprüfen. Werden sie nicht erreicht, kann und muss er laut Initiativtext Kantone und Gemeinden verpflichten, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen. «Die Ziele werden vorgegeben, die Umsetzung wird aber der Wirtschaft überlassen», sagte Simon Furter vom WWF.

René Schmidt, der die Ansichten der GLP vertrat, hob zusätzlich die Vorteile für den Werkplatz Schweiz hervor. Denn der Umgang mit knapper und teurer werdenden Ressourcen sei eine stark nachgefragte Wirtschaftskompetenz «mit enormem Zukunftspotenzial». Dank ihrer Innovationsstärke verfüge die Schweiz über die idealen Voraussetzungen, um sich als Marktleaderin zu positionieren.